

KURZ UND PRÄGNANT

LINKE legt Bildungs- freistellungsgesetz vor

Die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Susanne Hennig, begründete das etwas ungewöhnliche Vorgehen, einen Gesetzentwurf des Kultusministeriums in den Landtag einzubringen: „Seit Monaten wird über das kommende Bildungsfreistellungsgesetz gestritten: bei Verbänden, in Veranstaltungen und in der Presse. Nur im Landtag nicht, wo bereits seit zwei Jahren ein Gesetzentwurf der Grünen zum selben Thema im Bildungsausschuss liegt und wartet.“ Der Entwurf des Kultusministeriums sei allen bekannt, aber das Ministerium bringe ihn einfach nicht offiziell in den Landtag ein. „Jetzt ist unsere Geduld am Ende. Damit es bis zum Ende der Legislatur noch etwas wird, übernehmen wir die Initiative und bringen den Entwurf des Ministeriums in den Landtag ein. Damit kann die Ausschussberatung beginnen und wir können diskutieren, wie wir die besten Ideen aus beiden Entwürfen zusammenbringen.“ ■

Landespflegeplan erneut gefordert

In Thüringen gibt es 298 vollstationäre Altenpflegeheime, neun Kurzzeitpflegeeinrichtungen sowie 100 Einrichtungen der Tagespflege. Die wenigen kommunalen Träger sind in der Arbeitsgemeinschaft (AG) kommunale Pflegeeinrichtungen Thüringen mit Sitz in Bad Salzungen organisiert. Zu einem Gedankenaustausch mit dem Vorstand der AG trafen sich am 3. Juni der gesundheitspolitische Sprecher der LINKEN Landtagsfraktion Jörg Kubitzki, die Mitarbeiterin der Fraktion Cordula Eger und Anja Müller als Bundestagskandidatin der LINKEN für den Wahlkreis 190.

Karin Mäurer, 1. Vorsitzende der AG kommunale Pflegeeinrichtungen und zugleich Leiterin der Seniorenpflege Bad Salzungen GmbH, betonte die Notwendigkeit einer Anpassung des Thüringer Heimgesetzes an die heutigen Anforderungen an Teilhabe und Qualität von neuen Wohnformen und teilte auch die Bedenken und Änderungsvorschläge zum aktuellen Referentenentwurf der Landesregierung mit. Bemängelt wurde vom 2. Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft, Hans Meißner, dass sich das Land Thüringen vollständig aus der Planung und Finanzierung der Pflege Landschaft in Thüringen zurückgezogen hat.

Jörg Kubitzki bestärkte die Vertreter der kommunalen Pflegeeinrichtungen in der Forderung nach einem neuen Landespflegeplan für Thüringen, die auch von der LINKEN Fraktion im Thüringer Landtag schon mehrfach eingebracht wurde. Cordula Eger ■

Sozialzentren und Landambulatorien

Diskussion von Vorschlägen zur medizinischen Versorgung im ländlichen Raum

Erneut hat DIE LINKE eine Fachdebatte ihrer Fraktionssitzung per Livestream ins Internet übertragen (eingebettet in die Startseite der Homepage unter www.die-linke-thl.de). Am 5. Juni stellte Jörg Kubitzki, gesundheitspolitischer Sprecher, Thesen zur „Medizinischen und ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum“ zur Diskussion. Erstmals konnten sich an der Debatte Nutzer des Livestreams direkt per Chat beteiligen, wovon auch einige Gebrauch machten.

Zunächst zur Ausgangssituation, die Jörg Kubitzki anhand von Fakten darstellte: In den Thüringer Krankenhäusern stieg die Zahl der Ärzte im Zeitraum von 2000 bis 2012 um 38 Prozent auf 4.827 Ärzte, die Zahl der Hausärzte sank hingegen im gleichen Zeitraum um 12 Prozent auf 1.466. Derzeit (Stand 31.12.2012) sind im ambulanten Bereich 3.385 Ärzte tätig, davon 1.054 Allgemeinmediziner und 2.331 als Fachärzte, allerdings ist aufgrund Altersstruktur mit einer rapiden Abnahme zu rechnen, denn bereits Ende 2010 waren 590 Hausärzte und 606 Fachärzte über 50 Jahre alt. Gegenwärtig sind in Thüringen 218 Hausarztsitze, 28 Facharztsitze und 43 Psychotherapeutesitze offen, wenngleich in keinem Planungsbereich eine Unterversorgung besteht.

Der Landtagsabgeordnete verwies auf die neue Bedarfsplanungsrichtlinie in der hausärztlichen Versorgung. Kamen bisher auf einen Hausarzt 1659 Einwohner, so sind es jetzt mehr, nämlich 1671 Einwohner – und dies bei immer mehr älteren Menschen und entsprechend höherem Bedarf in der medizinischen Betreuung. Aber nach der neuen Bedarfsplanungsrichtlinie fehlen nun statt bisher 218 Hausärzte nur noch 77...

Als Ausgangsüberlegung seiner Thesen zur „Medizinischen und ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum“ betonte Jörg Kubitzki, dass die gesamte soziale Infrastruktur betrachtet werden müsse, einschließlich öffentlichem Personennahverkehr, Schulnetzplanung, Kita-Struktur und weiteren weichen Standortfaktoren, denn „warum soll ein junger Arzt mit seiner Familie aufs Land ziehen, wenn gerade die Kita oder die Schule geschlossen wurde?“ Notwendig sei die Schaffung von Sozialzentren in einem Ort der Landgemeinde bzw. Verwaltungsgemeinschaft. Alle sozialen Dienstleistungen könnten hier angeboten werden, wie Beratungen durch Vereine und Verbände. Und natürlich sollte hier auch das Landambulatorium angesiedelt sein. Nach Vorstellung der LINKEN arbeitet in einem solchen Sozialzentrum ein Koordinator für soziale Dienste. Dieser vernetzt die sozialen Angebote der Re-

gion. Er ist Ansprechpartner für die Menschen mit ihren sozialen Anliegen, koordiniert die Beratung durch Behörden und Verbände und plant die Durchführung von Veranstaltungen. „Mit dieser Planstelle, die bei der Gemeinde oder einem sozialen Träger angesiedelt wäre, könnte auch das Problem von Pflegestützpunkten im ländlichen Raum geklärt werden“, so Jörg Kubitzki. „Zur Finanzierung sollten wir unsere Idee einer Sozialpauschale wieder aufgreifen.“ Dabei würde der Koordinator eng zusammenarbeiten mit Ehrenamtlichen oder Personen, die durch ÖBS-Projekte beschäftigt werden.

Im Mittelpunkt der Vorschläge der Linksfraktion zur medizinischen Versorgung im ländlichen Raum steht die Schaffung von Landambulatorien in jeder Verwaltungsgemeinschaft oder Landgemeinde. Dort arbeiten niedergelassene oder angestellte Ärzte, mindestens ein Allgemeinmediziner, es werden zusätzliche Praxisräume für Fachärzte vorgehalten. Wenn sich kein Facharzt niederlässt, werden an bestimmten Tagen Sprechstunden durch Fachärzte abgehalten. Zwischen den einzelnen Orten wird ein Zubringerdienst zum Landambulatorium oder zu Fachärzten in größere Orte organisiert. Im Landambulatorium sollten auch andere Dienstleistungen, wie z.B. Apotheken, Pflegedienst oder Physiotherapie, vorgehalten werden. ■

Hochschulpakt

Die auf dem Hochschulgipfel in Weimar am 10. Juni angekündigten zusätzlichen Mittel aus dem Hochschulpakt 2020 für Thüringen hat MdL Dr. Karin Kaschuba begrüßt. Diese müssten vor allem für die Qualifizierung von Lehre und Forschung sowie die Personalentwicklung eingesetzt werden. „Es stellt sich die Frage, wie die 120 Millionen Euro verteilt werden, nach welchem Schlüssel und mit welchem Ziel?“

Geht es darum, Lehre und Forschung zu qualifizieren, oder sollen vor allem Strukturveränderungen umgesetzt bzw. Strukturanpassungen durchgesetzt werden? Wenn es allerdings um Strukturveränderungen geht, dann stellt sich für uns als Linksfraktion die Frage, wie sich dies mit der für den Herbst angekündigten Hochschulentwicklungsplanung vereinbart“, gab die Politikerin mit Blick auf einen möglichen Alleingang des Ministers und seines Staatssekretärs zu bedenken.

Auch warnte sie davor, die Mittel zum Stopfen von Löchern einzusetzen: „Das Geld darf nicht versickern!“ Karin Kaschuba forderte eine konsequente Einbeziehung des Landesparlaments und seines Wissenschaftsausschusses in die weitere Entwicklung der Hochschullandschaft und vollständige Transparenz aller geplanten Maßnahmen. ■

Solidarisch mit Amazon-Streikenden



Angesichts des Streiks bei Amazon in Bad Hersfeld und Leipzig solidarisierte sich die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag mit den Beschäftigten des Internetversandhändlers in ihrem Arbeitskampf. Auch viele Thüringerinnen und Thüringer sind als Beschäftigte von Amazon in Bad Hersfeld direkt betroffen.

„Ein internationaler Konzern, der in Deutschland ansässig ist, muss sich auch an die Regeln des deutschen Arbeitsrechts halten. Ein Unternehmen, welches staatliche Zuschüsse, also Steuergelder bzw. große Unterstützung erhält, hat in besonderer Weise auch die Pflicht, sich vorbildlich und den Gesetzen entsprechend zu verhalten.“

ten“, sagte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion. Der US-Konzern hatte einen Tarifvertrag nach den Konditionen des Einzel- und Versandhandels abgelehnt. „Wir fordern den internationalen Konzern auf, am Standort Deutschland mindestens das deutsche Arbeitsrecht einzuhalten“, so Bodo Ramelow weiter.

„Wir erklären unsere Solidarität mit allen Streikenden und wir unterstützen die berechtigten Tarifforderungen und das Anliegen der Beschäftigten, am wirtschaftlichen Erfolg des Konzerns teilhaben zu können“, so der Fraktionschef, der am 17. Juni persönlich in Bad Hersfeld mit vor Ort war.

Foto: Benjamin König ■